Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 28. Januar 2010
Ausgabe 018

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› München hilft Haiti 4
› Umzug der Unfallkasse München 5
› Geänderte Öffnungszeiten in Beratungsstelle 5
› Führung zu energetisch optimiertem Mehrfamilienhaus 5
› Winterdienstbilanz für Mittwoch, 27. Januar 6
› Infoabende im Bauzentrum München 6
Kommunalreferat in eigener Sache **8**
› Werbemaßnahmen des Viktualienmarkts 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**
› Kosten von Stadtratssitzungen 10

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **14**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 29. Januar, 11 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Oberbürgermeister Christian Ude begrüßt die Münchner Faschingsprinzenpaare samt ihrem prachtvoll-närrischen Gefolge im Rathaus.

Wiederholung
Freitag, 29. Januar, 15 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Prämierung der Sieger aus dem bundesweiten Schülerquiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb", das für die Region München von den Wirtschaftsjunioren München e.V. organisiert wurde. An dem Quiz haben sich rund 700 Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe aus Münchner Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen beteiligt, ausgezeichnet werden jeweils die erst- und zweitplatzierten Schulklassen je Schulart. Im Rahmen der Preisverleihung stellen sich die vier besten Schulklassen noch einmal einer Schätzfrage. Die-jenige Klasse, die mit ihrer Antwort dem richtigen Ergebnis am nächsten kommt, darf Ende Februar am Bundesfinale des Schülerquiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb" in Potsdam teilnehmen.

Wiederholung
Freitag, 29. Januar, 16 Uhr, Ratstrinkstube
Bürgermeister Hep Monatzeder überreicht drei Medaillen in Bronze sowie neun Dankesurkunden für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung, die Bayerns Innenminister Joachim Herrmann den Ausgezeichneten für ihr langjähriges verdienstvolles Wirken verliehen hat.

Dienstag, 2. Februar, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
„15 Jahre Sozialgerechte Bodennutzung in München" – Oberbürgermeister Christian Ude zieht gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Referatsübergreifenden Arbeitsgruppe Sozialgerechte Bodennutzung, Dr. Klaus-Michael Dengler aus dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, und seinem Stellvertreter, Axel Markwardt aus dem Kommunalreferat, Bilanz und stellt die neu aufgelegte Broschüre „Sozialgerechte Bodennutzung – Der Münchner Weg" vor.

Dienstag, 2. Februar, 15 Uhr,
Städtische Kindertageseinrichtung Konrad-Celtis-Straße 46
Festakt zur Eröffnung der Städtischen Kindertageseinrichtung Konrad-Celtis-Straße 46 (Stadtbezirk 7/Sendling-Westpark). Nach der Begrüßung durch den Leiter der Einrichtung, Peter Wenus, spricht Stadträtin Beatrix Zurek (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte. Im Anschluss sprechen Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner sowie Stadtdirektor Franz Josef Balmert, Leiter der Hauptabteilung Hochbau des Baureferats. Weitere Informationen zur Einrichtung im Internet unter *www.muenchen.de/schulreferat/aktuell.*

Dienstag, 2. Februar, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht den Kulturellen Ehrenpreis 2009 an Frank Baumbauer. Die Laudatio hält Jossi Wieler. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis wird jährlich an eine Persönlichkeit von internationaler Ausstrahlung für ihre kulturellen beziehungsweise wissenschaftlichen Leistungen verliehen. Die Veranstaltung wird musikalisch umrahmt durch Wiebke Puls, Münchner Kammerspiele, mit dem „Revolutionsorchester München".

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 4. Februar, 19 Uhr,
Gaststätte „Hofbräukeller", Innere Wiener Straße 19
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 5 (Au - Haidhausen), Bezirksteil Haidhausen. Zu Beginn der Versammlung informieren Bürgermeister Hep Monatzeder und Adelheid Dietz-Will, Bezirksausschussvorsitzende, über den Stadtbezirk. Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeister Hep Monatzeder.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr sowie die Bezirksinspektion Ost, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Adelheid Dietz-Will.
Die Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege steht ebenso ab 18 Uhr Bürgerinnen und Bürgern für Fragen zur Verfügung.

Meldungen

München hilft Haiti

(28.1.2010) Der München Stadtrat hat gestern auf Antrag aller Stadtratsfraktionen beschlossen, 100.000 Euro als Soforthilfe für die Erdbebenopfer in Haiti zur Verfügung zu stellen. In einem Spendenaufruf des Oberbürgermeisters werden die Münchnerinnen und Münchner aufgefordert, diese Mittel noch zu ergänzen. Die Münchner Katastrophenhilfe wird in Zusammenarbeit mit zwei in München ansässigen Hilfsorganisationen – Ärzte der Welt *(www.aerztederwelt.org)* und Handicap International *(www.handicap-international.de*) – umgesetzt, die über umfangreiche Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Katastrophenhilfe verfügen. Für die Landeshauptstadt München sind beide Organisationen bekannte und bewährte Partner: Ärzte der Welt war nach der Tsunami-Katastrophe in die Münchner Wiederaufbauhilfe in Sri Lanka/Batticaloa eingebunden. Handicap International ist Kooperationspartner der Stadt München bei einem Projekt in Afghanistan im Rahmen der Flüchtlings-Rückkehrhilfe. Beide sind schon seit einigen Jahren in Haiti tätig und leisten nun mit dem ansässigen Personal und mit weiteren Einsatzkräften vor Ort Hilfe. Ihre Arbeit ergänzt sich sinnvoll: Die mobilen Teams von Ärzte der Welt durchkämmen immer wieder die etwa 250 Sammelplätze der zerstörten Hauptstadt Port-au-Prince, um die Schwerverletzten ins Zentralkrankenhaus zu bringen. Dort führen die Chirurgen von Ärzte der Welt pausenlos Notoperationen durch. Die häufigsten Eingriffe sind derzeit Amputationen, denn bei den oft tagelang unversorgten offenen Brüchen ist das Leben der Menschen nicht mehr anders zu retten.

Direkt nach einer Amputation müssen die Physiotherapeuten von Handicap International mit der Nachsorge beginnen, sonst ist später oft keine Anpassung von Prothesen möglich. Die Teams von Handicap International betreuen die amputierten Menschen auch, nachdem sie das Krankenhaus wieder verlassen haben, und werden bald mit der Verteilung von provisorischen Prothesen beginnen, bevor dann individuelle Prothesen angepasst werden können.

Die Münchner Gelder werden vorerst für die medizinische Notversorgung in Haiti eingesetzt. Wenn ausreichend Spenden eingehen, soll auch der Wiederaufbau der lokalen Strukturen für die medizinische und orthopädische Versorgung unterstützt werden.

Spendenkonto:	München hilft Haiti
Kontonummer:	596
Bankleitzahl:	700 20 500
Geldinstitut:	Bank für Sozialwirtschaft

Umzug der Unfallkasse München

(28.1.2010) Die Unfallkasse München, Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für die Beschäftigten der Landeshauptstadt München, wird am 20. Februar an einen neuen Standort umziehen. Die Dienststelle ist ab 22. Februar unter folgender Adresse zu erreichen: Unfallkasse München, Ungererstraße 71, 80805 München, Telefon 3 60 93-2 00 (Zentrale), Fax 3 60 93-2 02. Die Unfallkasse München ist mit der U 6, Haltestelle Nordfriedhof, zu erreichen.
Die bisherigen Telefon- und Fax-Nummern werden sich aufgrund des Umzuges ändern. Internet- und E-Mail-Adressen behalten unverändert ihre Gültigkeit. Auch stehen den Mitgliedern und Versicherten die bekannten Ansprechpartnerinnen und -partner in gewohnter Zuverlässigkeit zu Verfügung.

Geänderte Öffnungszeiten in Beratungsstelle

(28.1.2010) Ab dem 1. Februar gelten für die Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Infektionen einschließlich AIDS im Referat für Gesundheit und Umwelt geänderte Öffnungszeiten. Diese sind: Montag und Mittwoch von 8 bis 11 Uhr, Dienstag von 14 bis 18 Uhr und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und 14 bis 15 Uhr. Die Beratungsstelle bietet kostenlose, anonyme Beratung und Untersuchung zu sexuell übertragbaren Infektionen, wie zum Beispiel Hepatitis, Syphillis, Gonorrhoe, Chlamydien und AIDS.
Die Adresse lautet: Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Infektionen einschließlich AIDS, Referat für Gesundheit und Umwelt, Bayerstraße 28 a, 80335 München, Telefon 2 33-2 33 33, Fax 2 33-4 78 39, E-Mail: aids-sti-beratung.rgu@muenchen.de

Führung zu energetisch optimiertem Mehrfamilienhaus

(28.1.2010) Am Samstag, 30. Januar, um 14 Uhr findet eine mehrsprachige Führung in Deutsch, Englisch, Französisch und Griechisch zu einem energetisch optimierten Mehrfamilienhaus am Westpark statt. Organisiert wird diese Veranstaltung vom Bauzentrum München in Kooperation mit der Münchner Volkshochschule Süd. Besichtigt wird ein Mehrfamilienhaus mit sechs Parteien in der Nähe des Westparks. Die Eigentümer modernisierten ihre Immobilie auf einen energetisch hohen Standard, wodurch die Wohnbehaglichkeit enorm gesteigert werden konnte und gleichzeitig die Nebenkosten drastisch sanken. Die Optimierung der Gebäudehülle mit gleichzeitigem Austausch der Heiztechnik durch die Nutzung von regenerativen Energiequellen macht dieses Projekt einzigartig. Die Teilnahme an der Führung ist kostenfrei. Treffpunkt ist an der Pollingerstraße 11 (U-Bahnstation U6 Holzapfelkreuth). Die Teilnehmerzahl ist auf 20 Personen begrenzt.

Winterdienstbilanz für Mittwoch, 27. Januar
(28.1.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Mittwoch, 27. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 561 Fahrzeuge: 394
Streuguteinsatz:
Salz: 237,056 t Splitt: 701,05 t
Kosten des Einsatztages: 383.764,52 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 23
Bisherige Einsatztage: 68
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2009/2010: ***12.111.513,67 Euro***

Infoabende im Bauzentrum München
(28.1.2010) Drei interessante Infoabende erwarten nächste Woche wieder die Besucherinnen und Besucher des Bauzentrums München. Am Dienstag, 2. Februar, Beginn 18 Uhr, stellt Diplomingenieur (FH) Gerhard Schmid, Träger des Münchner Umweltpreises 2005, ein alternatives, innovatives Verfahren zur Heizung und Trockenhaltung von Gebäuden, die so genannte „Bauteiltemperierung", vor. Die Bauteiltemperierung ist eine einfache und kostengünstige Sanierungsmethode für feuchte Gebäudesituationen. Die „Temperierung" übernimmt mit einfachen Mitteln nicht nur die Aufgaben zur Trockenlegung und Trockenhaltung von Gebäuden, sondern bietet auch eine einfache Möglichkeit, ein Gebäude bei maximaler Behaglichkeit zu beheizen.
Über die Vorteile moderner, effizienter Heizungssysteme und über deren Fördermöglichkeiten berichtet am Mittwoch, 3. Februar, Beginn 18 Uhr, Helmut Mager, staatlich anerkannter Energieberater. Die Energiepreise werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter steigen. Heizungssysteme, die sparsamer, aber auch teurer sind, können sich daher über die Lebensdauer ebenso bezahlt machen wie zum Beispiel der Einsatz von Solarwärme.
Wie Fördermittel zur Energieeinsparung optimal kombiniert werden können, erläutert Architektin und Energieberaterin Gesa Lenhardt in ihrem Vortrag am Donnerstag, 4. Februar, Beginn 18 Uhr. Neben der Landeshauptstadt München haben auch weitere Fördermittelgeber Änderungen in ihren Förderprogrammen vorgenommen: Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat seit Anfang letzten Jahres neue Richtlinien und die KfW-Bank hat das Konjunkturpaket 1 umgesetzt. Der Infoabend informiert über wesentliche Neuerungen der drei Fördermittelgeber und stellt best-practice-Beispiele für Kumulationen vor.

Für die individuelle Beantwortung von Fragen der Besucherinnen und Besucher steht bei allen Veranstaltungen ausreichend Zeit zur Verfügung.
Der Eintritt ist frei.
Die Adresse des Bauzentrums München in der Messestadt Riem ist die Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon 50 50 85.

Kommunalreferat in eigener Sache

(teilweise voraus)

Werbemaßnahmen des Viktualienmarkts

(28.1.2010) Zum Artikel „Aufstand der Marktfrauen" von Michael Graeter in der Abendzeitung vom 27. Januar nimmt das Kommunalreferat wie folgt Stellung:

Von einem „Aufstand der Marktfrauen" wegen angeblich willkürlicher Verwendung von Geldern aus dem so genannten „Werbetopf" für Werbemaßnahmen des Viktualienmarktes ist den zum Kommunalreferat gehörenden Markthallen München (MHM) bisher nichts bekannt. Richtig ist, dass es zum Thema Werbeausgaben eine Anfrage der zitierten Markthändlerin gibt.

Rechtlich sind die von den Händlern eingezogenen Gelder für Werbemaßnahmen als Gebühren im Sinne der städtischen Markthallengebührensatzung einzuordnen. Gemäß Anlage 2 der Markthallengebührensatzung werden die Werbemittel – die im übrigen auf allen festen Lebensmittelmärkten erhoben werden – für „besondere Werbemaßnahmen, die zur Verbesserung der Attraktivität der festen Lebensmittelmärkte beitragen" verwendet. Die Stadt entscheidet somit allein über die entsprechende Verwendung der Gelder. Dennoch erfolgt die entsprechende Verwendung der Gelder im Benehmen mit dem so genannten Werbebeirat, bestehend aus Händlern des Viktualienmarktes und den MHM. Diesem Werbebeirat wurden als Zeichen der Transparenz und des guten Willens auch die Listen mit den Ausgaben der Werbemittel offen gelegt. Einige Passagen wurden dabei aus Gründen des Datenschutzes geschwärzt, was aber die Aussagekraft der Liste in keiner Weise beeinträchtigte. Die Argumentation im Artikel ist daher nicht nachvollziehbar.

Zudem ist anzumerken, dass ein Großteil der Ausgaben im Zusammenhang mit Veranstaltungen auf dem Viktualienmarkt direkt von der Interessengemeinschaft Viktualienmarkt, einem privatwirtschaftlichen Verein der Händler, erfolgt sind und lediglich von den MHM erstattet wurden, so auch die Kosten für den im Artikel genannten Tanzlehrer. Eine noch direktere Einbindung der Händler ist somit nicht denkbar.

Zudem widerspricht das Kommunalreferat deutlich der Darstellung des 2. Werkleiters der MHM, Rainer Hechinger, als „Controlletti", der „früher in München fürs Rotlicht zuständig" war, wie Graeter schreibt. Seit seiner Amtseinführung am 1. Januar 2007 führt Hechinger vielmehr die operativen Geschäfte der Markthallen München mit größtmöglicher Objektivi-

tät und Neutralität. Richtig ist, dass Hechinger bis 1994 in der Hauptabteilung I des Kreisverwaltungsreferates beschäftigt und dort unter anderem mit der Bekämpfung unerlaubter Prostitution befasst war.
Bei der erwähnten Veranstaltung am 27. Januar 2010 im Alten Rathaus handelt es sich also keinesfalls um einen „Krisen-Gipfel", sondern um eine reguläre Händlerversammlung, wie sie einmal im Jahr für jeden der städtischen Märkte stattfindet. Eine Teilnahme des 2.Werkleiters der MHM war für diese Händlerversammlung im übrigen nie vorgesehen.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 28. Januar 2010

Kosten von Stadtratssitzungen
Anfrage Stadtrat Thomas Hummel (Bayernpartei) vom 7.12.2009

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 07.12.2009 nehme ich Bezug.
In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt*:*
Gemäß Art. 32 der Bayerischen Gemeindeordnung kann der Stadtrat Ausschüsse bilden und relativ frei darüber entscheiden, welche Aufgaben er diesen zur Vorberatung oder zum Beschluss zuweist. Um bei der geschäftsordnungsmäßigen Aufteilung der Zuständigkeiten die Balance zwischen einer ökonomischen und einer möglichst breiten Behandlung zu gewährleisten, wären die anfallenden Kosten für die jeweiligen Gremien, einschließlich beispielsweise der Sitzungsgelder für die ehrenamtlichen Stadträte, für die anteiligen Lohnkosten der Referenten, Mitarbeiter der Verwaltung und des Sitzungsdienstes, Stromkosten u.ä., von Interesse.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche der genannten Kosten fallen für eine Stunde Stadtrats-Vollversammlung an, welche bei einer Stunde Ausschuss-Sitzung (bspw. Bauausschuss mit 15 Mitgliedern)?

Antwort:
a) Sitzungsgelder für ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte
Die Stundensätze für die zu gewährenden Stadtratsentschädigungen fallen bei Ausschuss-Sitzungen und Sitzungen der Vollversammlung in gleicher Höhe an. Die Art der Entschädigung richtet sich danach, ob die Stadträtin oder der Stadtrat in einem Beschäftigungsverhältnis steht oder selbständig tätig ist oder aber einen Anspruch auf Nachteilsentschädigung geltend machen kann. Der aktuelle Stundensatz für die Verdienstausfallentschädigung für selbständig tätige Stadträtinnen und Stadträte beläuft sich derzeit auf 33,06 Euro und für die Nachteilsentschädigung auf 19,56 Euro. Bei abhängig Beschäftigten wird der zu entschädigende Stundensatz der Gehaltsausfallentschädigung auf den aktuellen Monatslohn abgestellt.

Aktuell erhalten 23 Stadtratsmitglieder Gehaltsausfallentschädigung, 22 Stadträtinnen und Stadträte Verdienstausfallentschädigung und 19 Nachteilsentschädigung. Insofern unterliegt der Betrag für die Stadtratsentschädigungen für eine Sitzungsstunde individuellen Kriterien und kann generell nicht exakt beziffert werden.

b) anteilige Lohnkosten für Referentinnen und Referenten
Eine betragsmäßige Ermittlung kann hier nur annäherungsweise erfolgen. Nimmt man die Besoldungsgruppe B 7 als Durschschnittswert für die Einstufung der Referentinnen und Referenten an, so ergibt sich – ohne Berücksichtigung von Beihilfe und Rückstellungen – ein Stundensatz von 61,27 Euro.

c) anteilige Lohnkosten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
Die Anzahl der in einer Sitzung anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung richtet sich nach den Anforderungen der zu behandelnden Beschlussvorlagen, so dass keine schlüssige einheitliche Vorgabe für eine Kostenberechnung zu Grunde gelegt werden kann.

d) anteilige Lohnkosten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sitzungsdienstes
Die Kosten für den Sitzungsdienst können nach der für 2009 gültigen Tabelle für die Kosten eines Arbeitsplatzes mit 39,38 Euro je Stunde und à Person angesetzt werden. Während der Vollversammlungen sind in der Regel drei, bei Ausschuss-Sitzungen eine oder zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sitzungsdienstes anwesend.
Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stenographischen Sitzungsdienstes sind je nach persönlicher Eingruppierung die Kosten eines Arbeitsplatzes zwischen 53,89 Euro und 72,73 Euro pro Stunde in Ansatz zu bringen.

e) Stromkosten u.ä.
Die Kosten der Hausbewirtschaftung und sonstige Gebäudekosten werden grundsätzlich für das Gesamtgebäude gefordert und gezahlt. Ein Herunterbrechen der Kosten auf einzelne Räumlichkeiten erfolgt im Zuge der Sekundärkostenverrechnung nach Maßgabe der qm. So wurden für das Jahr 2009 beispielsweise für den Großen Sitzungssaal 22.149,91 Euro und für den Kleinen Sitzungssaal 9.123,22 Euro an Hausbewirtschaftungskosten umgelegt. Eine genaue Ermittlung der tatsächlichen anteiligen Einzelkosten für Strom, Fernwärme u.ä. ist aber für die Sitzungssäle nicht mög-

lich. Hinzu kämen diverse anteilige Kosten für Zinsen und Abschreibungen, interne Leistungsverrechnung an das Büroraummanagement des Kommunalreferates u.a.m. So ergab sich für den Großen Sitzungssaal in 2009 beispielsweise insgesamt ein Kostenaufwand von 346.583,73 Euro und für den Kleinen Sitzungssaal von 141.715,45 Euro. Diese Kosten wiederum wurden über die Steuerungsumlage an alle Referate der Landeshauptstadt München weiterverrechnet.
Darüber hinaus ist nicht erfasst, wie viele Stunden im Jahr die Sitzungssäle tatsächlich genutzt werden. Eine derartige Auswertung ist im Buchhaltungssystem nicht vorgesehen.

Eine genauere Ermittlung der Kosten für eine Sitzungsstunde des Stadtrats im Sinne Ihrer Anfrage wäre mit unverhältnismäßig hohem Verwaltungs- bzw. Personalaufwand verbunden und für bestimmte Kostenarten nur mit Schätzungs- bzw. Annäherungswerten durchführbar, da diese Kostenarten systemtechnisch nicht verfügbar sind bzw. nur durch aufwändige Auswertungen rückgerechnet werden müssten.

Frage 2:
Welche Kosten fallen typischerweise für die Vorbereitung der jeweiligen Sitzungen (bspw. Versendung der Einladungen und Sitzungsvorlagen) an?

Antwort:
Für die Zustellung von Einladungen und Sitzungsvorlagen an die Stadtratsmitglieder ist die Stadtkanzlei zuständig. In der Regel wird zweimal wöchentlich an die Privatadressen der ehrenamtlichen Stadträte zugestellt. Darüber hinaus wird einmal pro Woche in die Fraktionen im Rathaus zugestellt.
Die Zustellung nach Hause erfolgt durch drei Fahrer und eine/einen Botin/Boten des zentralen Botendienstes der Stadtkanzlei zu Fuß sowie von Fahrern einer externen Kurierfirma, bei denen jeweils ein(e) städtische(r) Botin/Bote als Beifahrer/in fungiert.
Um die Kosten für diese Stadtratszustellungen beziffern zu können, wurden u.a. die Personalkosten, die an die städtischen Fahrer zu zahlenden Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigungen gemäß des Bayerischen Reisekostengesetzes sowie die Kosten für den Einsatz der externen Kurierfirma berechnet. Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2009 zum Stand 10.12.2009 ein Betrag in Höhe von 76.675,11 Euro.
Eine Trennung der Zustellungen in Sitzungs- und andere Unterlagen oder aber gar die stundenweise Zuordnung zu den diversen Stadtratssitzungen ist aber auch hier nicht möglich

Ebenso ist eine Auswertung der Kosten für das Papier und den Druck der Vorlagen über das Buchhaltungssystem nicht machbar.

Die Arbeiten im Rahmen der Vorbereitung eines Beschlusses erfordern je nach Thema und Umfang äußerst unterschiedliche Personalressourcen, so dass eine betragsmäßige Bezifferung des Kostenaufwands nicht seriös ermittelt werden kann.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 28. Januar 2010

Signalstörungen und mehr – Fragen zur Störstatistik der Münchner U-Bahn
Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Kommunikationsprobleme im Direktorium?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Nachgefragt: Stadtwerke-Bildungsstiftung fördert Jugendzentrum der Israelitischen Kultusgemeinde mit 56.000 Euro
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Ehrenamtliches Engagement ist wichtig – auch für Ausländer in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

„Kampf gegen Rechts“ – verstößt die Stadt gegen das bayerische Schulgesetz?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
28.01.10

Signalstörungen und mehr – Fragen zur Störstatistik der Münchner U-Bahn

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:
Um allen Missverständnissen von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen: das Münchner U-Bahn-System gilt in der Wahrnehmung der Fahrgäste als sehr zuverlässig.

Tatsache ist aber auch, dass immer wieder einzelne Linien über mehrere Stunden massiv gestört werden – aus unterschiedlichsten Ursachen: So war am Freitag 22.01.2010 in der morgendlichen Hauptverkehrszeit die U2 durch einen Signalfehler am Innsbrucker Ring ca. 3 Stunden stark beeinträchtigt mit Verspätungen bis 25 Minuten /1/. Am selben Tag abends war die U6/U3-„Stammstrecke“ über eine Stunde stillgelegt – weil eine Gruppe Jugendlicher eine Art U-Bahn-Besetzung mit Sachbeschädigung veranstaltete /2/.

Vor diesem Hintergrund frage ich:

1) Warum konnte eine einzelne, laut /1/ fehlerhafte, „Rot“-zeigende Signalampel am Innsbrucker Ring den U2-Betrieb so massiv beeinträchtigen, wo doch der U-Bahn-Betrieb in der Regel über die Linienzugbeeinflussung läuft und die ortsfesten Signale nur ein Ersatzsystem darstellen?

2) Wer ist im Vertragsverhältnis MVG/SWM für diese Infrastruktur-bezogenen Störungen verantwortlich, die MVG oder die SWM?

3) Gibt es bei einer Verantwortlichkeit der SWM für die Funktionsfähigkeit der U-Bahn-Infrastruktur vertragliche Abmachungen über die Qualität? Sind insbesondere Pönalen zugunsten der MVG vereinbart, wenn durch Infrastrukturmängel der MVG-Betrieb gestört wird und das Ansehen der MVG dadurch leidet?

4) Gibt es eine U-Bahn-Störstatistik bei der MVG und oder SWM, bei der gravierende Störungen des U-Bahnbetriebs nach Art, Ursache und Dauer erfasst werden?

5) Liegt der SWM/MVG-Gesellschafterin LHM – vertreten durch den Oberbürgermeister - diese U-Bahnstörstatistik vor?

6) Welcher Schaden für die MVG wurde durch die Störung nach /2/ verursacht? Wie wird insbesondere die einstündige Betriebseinstellung um die Station Giselastraße pekuniär bewertet? Wird die MVG Schadensersatzforderungen an die Verursacher

richten? Wenn nein, warum nicht?

7) Wurde bei der einstündigen Betriebseinstellung um die Station Giselastraße für U3/U6 in den nördlichen und südlichen Teilnetzen ein Notbetrieb aufrechterhalten?

8) Haben MVG-Kunden die Möglichkeit, sich wie bei der Münchner S-Bahn die Meldungen über gravierende Betriebsstörungen im U-Bahnnetz per e-mail zusenden zu lassen?

Quelle:
/1/ Münchner Merkur 23./24.01.2010:
www.merkur-online.de/lokales/nachrichten/signalstoerung-legt-zeitweise-lahm-601560.html
/2/ SZ 25.01.2010: Großeinsatz in der U-Bahn

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 28.01.2010

Anfrage: Kommunikationsprobleme im Direktorium?

In der Vollversammlung am 27.01. 2010 sollte mein Antrag zur dringlichen Behandlung, der auf die Unterbindung des städtischen Empfangs für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der NATO-Sicherheitskonferenz abzielte, behandelt werden.

Zehn Minuten vor Beginn der Vollversammlung fand ich an meinen Sitzplatz im großen Sitzungssaal ein Schreiben des Oberbürgermeisters vor. Dieses war auf den 19.01.2010 datiert und besagte, dass der Antrag nicht rechtens sei, da es sich bei dem Inhalt um eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung handle. Als ich den Sachverhalt in der Vollversammlung zur Sprache brachte, teilte mir das Direktorium mit, dass das ihm der Brief nicht vorgelegen habe. Leider war der Oberbürgermeister selbst nicht anwesend und konnten sich somit zu dem Sachverhalt nicht äußern. Durch die späte Zustellung des Briefes in den großen Sitzungsaal wurde mir die Möglichkeit genommen, den Antrag in Form eines Dringlichkeitsantrags in die Vollversammlung zu bringen. Dies verhinderte eine Debatte der ehrenamtlichen Stadträtinnen und Stadträte über den städtischen Empfang. für die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Oberbürgermeister:

1. Warum wurde der Brief mit einer so enormen Verzögerung zugestellt?

2. Warum wurde der Brief nicht per Bote in das Büro der Stadtratsgruppe gebracht?

3. Wie ist es möglich, dass das Direktorium nicht über den Brief und dessen Inhalt informiert war?

4. Wer trägt die politische Verantwortung dafür, dass der Antrag aufgrund der zu spät zugestellten Mitteilung nicht auf anderem Wege eingebracht werden konnte und somit die Möglichkeit verwehrt wurde, dass Thema auf der Vollversammlung zu diskutieren

5. Wie kann es sein, dass so eine umstrittene Veranstaltung, wie der städtische Empfang für die Teilnehmer der NATO-Sicherheitskonferenz, vom Oberbürgermeister als eine

laufende Angelegenheit deklariert wird?

Orhan Akman

Stadtrat der LINKEN.

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
28.01.2010

Nachgefragt: Stadtwerke-Bildungsstiftung fördert Jugendzentrum der Israelitischen Kultusgemeinde mit 56.000 Euro

Einem vom 25.01.2010 datierten Bericht in der „Rathaus-Umschau“ zufolge überreichte SWM-Geschäftsführer Dr. Florian Bieberbach jüngst der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), Dr. h.c. Charlotte Knobloch, einen Förderscheck der SWM-Bildungsstiftung über 56.000 Euro. Damit solle ein Medienprojekt der IKG unter dem Titel „Mediale Kompetenz“ gefördert werden, in dessen Rahmen der „nichtschulische kreative Umgang mit der deutschen Sprache zentraler Ansatzpunkt“ sei; es würden rund „2000 Kinder und Jugendliche mit kreativen Neigungen und Interesse für Medien und Kommunikation“ betreut. Dieser Förderschwerpunkt wirft Fragen auf.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche Erwägungen lagen der Entscheidung des Vorstands der SWM-Bildungsstiftung zugrunde, speziell das genannte IKG-Projekt „Mediale Kompetenz“ zu fördern? Welche spezielle Förderungswürdigkeit erkennt die SWM-Bildungsstiftung insbesondere im „nichtschulischen kreativen Umgang mit der deutschen Sprache“?

2. Welche näheren Informationen – ggf. vonseiten des Jugendzentrums der Israelitischen Kultusgemeinde – liegen darüber vor, wie der „nichtschulische kreative Umgang mit deutscher Sprache“ durch rund 2000 von der IKG betreute Kinder und Jugendliche konkret aussieht? Liegt der Stadt ggf. eine Projektbeschreibung vor?

3. Laut „Rathaus-Umschau“ werden die „jungen Zuwanderer [...] in ihrer neuen Heimat Deutschland von einer Vielzahl an Zeitschriften, dem Fernsehen, dem Internet überflutet. Sich darin zurechtzufinden, ist für viele schwierig“ – allerdings nicht nur

b.w.

für Zuwanderer aus der früheren GUS. Welchen speziellen Förderbedarf sah die Bildungsstiftung der Stadtwerke hier gerade beim IKG-Jugendzentrum – gegenüber anderen Gruppen von benachteiligten Heranwachsenden wie etwa Autisten, ADS-Kindern o.ä.?

4. Welche anderen Projekte, Initiativen, Vereine etc. unterstützte die Bildungsstiftung der Stadtwerke München seit dem Jahr 2000 in welcher Höhe?

5. Handelt es sich bei den nach IKG-Angaben betreuten „rund 2000 Kindern und Jugendlichen mit kreativen Neigungen und Interesse für Medien und Kommunikation“ um Heranwachsende allein aus dem Raum München?

Karl Richter
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
28.01.2010

Ehrenamtliches Engagement ist wichtig – auch für Ausländer in München?

Einer kürzlich veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge ist für eine erfolgreiche „Integration“ von Zuwanderern nicht nur die Teilnahme am Arbeitsmarkt, sondern auch die „Integration (...) in anderen Lebensbereichen“ von großer Bedeutung. Neben guten Sprachkompetenzen und einem guten Bildungsniveau wird in der Studie das soziale Engagement als weitere Variable herangezogen. „Zuwanderern, die sich zum Beispiel in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Parteien engagierten und so über soziale Netzwerke verfügten, helfe dies bei der Arbeitsplatzsuche.“ („Fehlende Integration kommt teuer“, „Zeit online“, 22.01.2010).

Im benachbarten Österreich konstatierten Politiker allerdings schon vor mehreren Jahren, daß das ehrenamtliche Engagement von Zuwanderern weit hinter demjenigen von Menschen ohne „Migrationshintergrund“ zurückbleibe. Die FPÖ-Nationalratsabgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein wurde in Presseberichten dazu mit den Worten zitiert: „(...) Hinzu kämen auch die nichtvorhanden ´Beiträge´ von Zuwanderern in Vereinen wie Feuerwehr, Verschönerungsvereinen (Reinigung der Flußläufe etc.) oder anderen allgemeinnützigen Vereinen. Die Zuwanderer würden sich überhaupt nie betroffen fühlen, wenn man einen Solidarbeitrag zur Gesellschaft leisten sollte. Beim Nehmen seien sie aber schnell präsent.“ (Quelle: www.deutschlandticker.com/index.php?site=news&news_ID=133; nach: „fpö-Info“, 06.07.2007)

Dies wirft Fragen nach dem ehrenamtlichen Engagement von in München lebenden Ausländern auf.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Welche Informationen liegen über das ehrenamtliche Engagement von in München lebenden Menschen mit „Migrationshintergrund“ vor?

b.w.

2. Welche Informationen liegen insbesondere über das Engagement von Ausländern am Münchner Vereinsleben vor? (Zahlen, Schwerpunkte der Vereinsmitgliedschaft von in München lebenden Ausländern). Wie stark engagieren sich in München lebende Ausländer a) in ausländerspezifischen Vereinen (z.B. islamischen Kulturvereinen etc.), b) in Vereinen ohne speziellen ausländischen Hintergrund?

3. Welche Informationen liegen über das Engagement von in München lebenden Ausländern bei gemeinnützigen Organisationen wie dem Technischen Hilfswerk, den Feuerwehren etc. vor?

4. Inwieweit kann der Oberbürgermeister die im benachbarten Österreich getroffene Feststellung auch für die bayerische Landeshauptstadt bestätigen, wonach das ehrenamtliche Engagement von Ausländern im Vergleich zu Bürgern ohne „Migrationshintergrund“ eher gering ausgeprägt ist – zumindest was das Engagement in Vereinen ohne spezifischen ausländischen Hintergrund oder Vereinszweck angeht?

5. Welche Anstrengungen im Rahmen der städtischen Querschnittaufgabe der „interkulturellen Öffnung“ unternimmt die Stadt, um in München lebende Menschen mit „Migratiohshintergrund“ zu einem stärkeren ehrenamtlichen Engagement zu bewegen? Auf welche Erfolge ihrer Bemühungen kann die Stadt dabei verweisen?

Karl Richter
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
28.01.2010

„Kampf gegen Rechts“ – verstößt die Stadt München gegen das bayerische Schulgesetz?

Artikel 84 Absatz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen besagt: „Politische Werbung im Rahmen von Schulveranstaltungen oder auf dem Schulgelände ist nicht zulässig.“ Möglicherweise verstößt die Stadt München im Rahmen ihres in zahlreichen Aktivitäten und Initiativen auch an den Münchner Schulen entfalteten Kampfes gegen „Rechts“ gegen diese Bestimmung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen.

Ich frage den Oberbürgermeister deshalb:

1. Welche Initiativen im „Kampf gegen Rechts“ – Aufklärungskampagnen, Projektwochen, Museumsbesuche etc. - fanden in den Jahren 2005 bis 2009 unter der Aufsicht oder auf Anregung des Schulreferats an Münchner Schulen statt? Inwieweit wurde dabei ggf. mit externen Stellen und/oder Bildungsträgern (z.B. Kreis- und Landesjugendring, Streetwork, Feierwerk, DJI, a.i.d.a.-Archiv o.ä.) kooperiert? (Bitte trotz der zahlreichen Einzelaktivitäten möglichst umfassend aufführen und, soweit dem Schulrefrerat bekannt, beteiligte Schulen einzeln aufführen!)

2. Welches Unterrichts- und Aufklärungsmaterial gegen „Rechts“ wurde in den Jahren 2005 bis 2009 an Münchner Schulen verwendet? (Bitte möglichst detailliert aufführen nach Autor/Hrsg., Titel, Untertitel!)

3. Inwieweit sieht die Stadt im Vorschlag der Stadtratsfraktion der Grünen, „für Rassismus in Schulen [zu] sensibilisieren und praktische Interventionsmöglichkeiten auf[zu]zeigen“ (Antrag Nr. 08-14 / A 01268 vom 17.12.2009), einen möglichen Konflikt mit der Bestimmung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, der zufolge „politische Werbung im Rahmen von Schulveranstaltungen

b.w.

oder auf dem Schulgelände (...) nicht zulässig“ ist? Wo zieht die Stadt die Grenze zwischen Information und Meinungsmache gegen politische Konkurrenz?

4. Mit Schreiben vom 11.12.2009 an die Schülermitverantwortungen der öffentlichen Realschulen und Gymnasien in München sowie die Schulleitungen und Verbindungslehrkräfte wandten sich der Münchner Oberbürgermeister und die Stadtschulrätin an die „Liebe[n] Schülerinnen und Schüler der SMV“ u.a. mit folgenden Bemerkungen:

- „Sicher wissen Sie ohnehin, daß es sich bei (...) um eine extremistische Gruppierung handelt.“

- „Helfen Sie mit zu verhindern, daß derartige Organisationen und Personen das Ansehen der Landeshauptstadt München und das Ansehen Ihrer Schule schädigen!“

- „Helfen Sie bitte auch weiterhin mit, daß gerade in unserer Stadt rechtsextremistische Umtriebe keine Chance haben.“

Inwieweit ließen OB und Stadtschulrätin vor dem Versand dieses Schreibens vom 11.12.2009 durch den juristischen Dienst des Rathauses prüfen, ob solche Passagen möglicherweise gegen Art. 84, Abs. 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen verstoßen, das politische Werbung an Schulen untersagt?

Karl Richter
Stadtrat